

Handelskammer lobt „voluntaristisches“ Budget 2009 und „antizyklische“ Maßnahmen

„Solch ein Paket kann man sich nicht ständig leisten“

„Solch ein Paket kann man sich nicht ständig leisten“, kommentierte Pierre Gramegna gestern die Budgetvorlage 2009 die Anfang Dezember im Parlament diskutiert wird. Der Direktor der Handelskammer lobte zwar die kurzfristigen „antizyklischen“ und „voluntaristischen“ Unterstützungsmaßnahmen für Wirtschaft und Verbraucher, Steuererleichterungen und -bonusse, sowie das Engagement zu weiterhin hohen öffentlichen Investitionen, machte allerdings darauf aufmerksam, dass „die Regierung mittel- bis langfristig nicht an strukturellen Maßnahmen vorbei kommt“.

Ein Übergangsbudget

Das Budget 2009, in einer Zeit erstellt, da die Wachstumshypothese des Luxemburger Bruttoinlandsprodukts noch bei 3% lag - Eurostat



Handelskammer-Direktor Pierre Gramegna (M.) mit Chefökonom Carlo Thelen (l.) und Wirtschaftsexperte Muriel Bouchet Photo: F. Aussems

geht mittlerweile von einem Wachstum um die 1,2% für kommendes Jahr aus, sei in dem Sinne ein „Übergangsbudget“.

Die nächsten Regierungen müssen sich ernsthaft an die Absicherung der Staatsfinanzen geben, gibt die Handelskammer zu verstehen und zeigt wie fragil die Lage ist: So hängt das Gleichgewicht der Staatsmittel (Zentralverwaltung, Gemeinden und Sozialsystem) fast allein an den Sozialversicherungseinnahmen - während die Zentralverwaltung 2007 noch einen Überschuss von 0,8% zeigte, wird sie 2009 voraussichtlich 1,8% im Minus liegen - bei einem Szenario von 3% Wachstum des PIB. Was aber, wenn die Jobentwicklung in Luxemburg noch weiter abnimmt ebenso wie das Wirtschaftswachstum, das laut Analyse der Handelskammer mit Sicherheit unter der zu erwartenden Konsolidierung, Restrukturierung und strafferer Regulierung im Finanzsektor leiden wird, was ebenfalls die Staatseinnahmen in Mitleidenschaft ziehen dürfte? Allein bei der „taxe d'abonnement“ für Finanzprodukte, schätzt die Handels-

kammer dass die Ausfälle sich nicht wie vorgesehen auf 50 Millionen Euro, sondern vielmehr auf 150 Millionen belaufen könnten.

Wie schnell ein Land in eine Abwärtsspirale geraten kann, zeigt das Beispiel Irland, das von einem BIP-Wachstum von durchschnittlich 7% zwischen 1992 und 2007 nunmehr in eine Rezession gerutscht ist, die Staatsmittel drastisch runter und Staatsverschuldung drastisch nach oben treibt.

Gramegna, der den Einstieg des Staats in das Kapital von Fortis und Dexia ausdrücklich lobte, wies darauf hin, dass sich allein durch diese Transaktionen die Staatsverschuldung von 7 auf 14% des BIP verdoppelt hat. „Das kann also nicht zu oft wiederholt werden“, sagt Handelskammer-Chefökonom Carlo Thelen. Da die staatlichen Spezialfonds bei wiederholten Konjunkturprogrammen schnell erschöpft werden, bliebe nur der Schuldenweg sollte die Konjunkturabkühlung länger anhalten. Die Handelskammer erneuert in diesem Rahmen ihre Forderung nach einem „Fonds souverain“, über den

ein Teil der staatlichen Einnahmüberschüsse international rentabilisiert werden könnte.

Die „versteckte Schuld“

Besonders viel Sorgen bereitet der Handelskammer die „versteckte Schuld“ - gemeint sind die Sozialausgaben, vor allem die Renten, die ja irgendwann ausgezahlt werden müssen. Wobei der „Pensionspott“ von immer mehr Rentnern beansprucht werden wird, wie sämtliche demographischen Prognosen bezeugen. Um das Jahr 2030 kommt aller Voraussicht nach der Punkt, an dem die Pensionsansprüche Reserven und Einzahlungen übersteigen werden. Laut EU-Kommission werden die Sozialausgaben Luxemburgs bis dahin um 6% steigen.

Sowohl der Nachhaltigkeitsrat wie auch der Staatsrat und der Rechnungshof hatten auf die Notwendigkeit von Strukturreformen in diesem Bereich hin gewiesen. Auch die Handelskammer legt der Regierung nahe, die „volle Tragweite“ der Problematik im Sozialbereich, sowie die mög-

lichen Ausfälle bei den Staatseinnahmen durch Einbußen bei Tanktourismus oder E-Commerce und der Belastung durch die Klimaschutzausgaben in Betracht zu ziehen und eine langfristige Strategie mit klaren Zielsetzungen - auch was Einsparungen bei den Verwaltungsausgaben angeht - zu entwerfen.

Die Forderungen der Handelskammer decken sich weitestgehend mit jenen, die der Dachverband der Patronatsorganisationen, die UEL kürzlich an die Regierung richtete: Transparente und pragmatische Kommunikation zur Krise um Panik zu vermeiden und Investitionen zu fördern, Förderung der Kreditnachfrage und der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, zügige Umsetzung von öffentlichen Investitionen, einen verbindlichen Kalender für die Gewerbesteuerreduzierung auf 25%, die Diversifizierung der Wirtschaft durch entsprechende Sektorpläne und Maßnahmen für die Stärkung des Wissensstandorts Luxemburg und neue Budgetnormen. > c.